

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Rudolf Köpcke, Dresden
Herausgeber: Hermann Köpcke, Dresden
Redaktion: Rudolf Köpcke, Dresden
Druck: Rudolf Köpcke, Dresden

Druckort: Dresden
Druckverfahren: Lithographie
Druckmaschinen: 10
Zugkraft: 10000 kg
Zugkraft: 10000 kg

Druck u. Verlag: Rudolf Köpcke, Dresden
Verlag: Rudolf Köpcke, Dresden
Druck: Rudolf Köpcke, Dresden

Die einzige Dresdner Zeitung mit Morgen- und Abendausgabe

Empörung über Oesterreichs Kapitulation

Reinlicher Eindruck in Deutschland

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 16. Juli. In politischen Kreisen der Reichshauptstadt hat das Verhalten Oesterreichs aus Anlaß der gezeigten Völkerverhandlung über die Anleihefrage erhebliche Verwirrung hervorgerufen. Insbesondere hält man es für unverständlich, wie der Vertreter Oesterreichs sich dazu hätte hergeben können, in so überaus wenig glücklichen Formen und ohne jeden Hinweis auf das Deutsche Reich dem Genfer Kreis für die Anleihe zu danken, deren politische Basis doch an der Spitze der Verhandlungen steht. Auch in Wien werden, wie mit Genugtuung festzustellen ist, die Bedingungen für die österreichische Anleihe von allen politischen Parteien, mit Ausnahme des Zentrums, mit aller Entschiedenheit abgelehnt. Nach den Meldungen, die von dort vorliegen, kann es als ausgeschlossen gelten, daß es dem Bundeskanzler Dr. Dollfuß gelingt, für diese entwürdigende Anleihe eine zustimmende Mehrheit im Nationalrat zu finden.

Unverständlich bleibt es, daß ein österreichischer Bundeskanzler es auch nur für möglich hält, daß derartige Bedingungen, die die Verfassung des Staates bedrohen, erfüllt diskutiert werden.

Wenn Oesterreich heute wegen 100 Millionen Schilling nicht nur auf den Ausfluß noch mehr feierlich verzichtet, sondern auch eine neue wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Deutschland umschließt, so ist das ein Vorgang, der überall im deutschen Volke die größte Mißbilligung hervorgerufen hat. Gewiß versteht man, daß sich besonders Oesterreich in einer hoffnungslosen Finanzlage befindet, aber eine

unzulässige Erleichterung dieser Lage durch den Verkauf unzerstörbarer politischer Ansprüche auf nicht weniger als 20 Jahre

— das Ausflußverbot soll bis 1932 gelten — ist ein so unerhörtes politisches Mißverhältnis, daß man nicht scharf genug dagegen Stellung nehmen kann. Ob es angesichts dieser Lage richtig war, daß Deutschland sich in der Sitzung an der Einmündung und einige nicht sehr scharf formulierte Erklärungen beschränkt, muß allerdings ebenfalls abgewartet werden. Bei diesem offenen Expansionsakt mußte Deutschland mit aller Deutlichkeit feststellen, daß gegen derartige politische Bedingungen eine Anleihe vom Völkerverbund nicht gegeben werden dürfe. Es lag in Deutschlands Hand, diese Anleihe zu verhindern, da im Völkerverbund die Einmündung erforderlich ist. Auf die Dauer wäre ein solcher Akt klüger gewesen, als durch die Einmündung Oesterreich in seiner schweren Lage zu ermuntern, Bedingungen anzunehmen, die ein deutsches Staatsrecht unwürdig sind.

Zu der deutschen Haltung beim Zustandekommen des Völkerverbundesbeschlusses auf Gewährung einer Anleihe an Oesterreich wird an amtlicher Stelle heute erklärt, daß Deutschland eine Ablehnung auch unter den von Frankreich durchgesetzten Bedingungen angesichts der Lage, in der sich Oesterreich befindet, nicht hätte verweigern können. Nach dem gegenüber Mitgliedern des Reichskabinetts gemachten österreichischen Erklärungen sieht Oester-

reich diese Anleihe als die einzige zur Zeit in Betracht kommende Hilfe an.

Ein Eingehen auf die französischen Bedingungen hätte sich für Oesterreich schon um deswillen nicht vermeiden lassen, weil Frankreich auch als Geldgeber in erster Linie in Betracht komme.

Deutschland habe sich der Stimme enthalten als Protest dagegen, daß es mit der Methode, die gegenüber Oesterreich angewandt wird, nicht einverstanden ist. Um den deutschen Willen zur Hilfe für Oesterreich durch die Tat zu bekunden, hat Deutschland die Gewährung des Kredites an Oesterreich beschlossen, aber dessen Höhe zur Zeit noch Verhandlungen schweben. Es ist, wie man erklärt, durchaus nicht ausgeschlossen, daß diese deutsche Hilfe, die angesichts der Lage, in der sich Deutschland selbst befindet, naturgemäß nicht groß und durchgreifend sein kann, noch eher zur Stelle ist als die Völkerverbundsanleihe. Was diese betrifft, so dürfte sie zum großen Teil auf die bereits von Oesterreich ausgenommenen französischen Kredite verbracht werden. Die gegen die Regierung wegen der deutschen Haltung bei dieser Angelegenheit gerichteten Angriffe seien, so erklärt man abschließend, deshalb unbegründet, weil Deutschland ja Oesterreich nicht hindern könne, das zu tun, was es im Interesse des Landes für richtig halte.

Von amtlicher Seite wird darauf hingewiesen, daß die Stellung Deutschlands auf der Lausanne Konferenz zu dieser Anleihe noch durchaus abzuwarten war, daß aber inzwischen Oesterreich in Berlin dringliche Vorstellungen erhoben habe, die Anleihe nicht zu gefährden.

Für hundert Millionen Silberlinge

Berlin, 16. Juli. Zu der Völkerverbundsanleihe für Oesterreich und der deutschen Stimmhaltung bei der Beschlussfassung nehmen vorläufig nur wenige Berliner Blätter Stellung. Die „D.N.Z.“ schreibt u. a., daß die Unterzeichnung des Anleiheprotokolls einer Sitzung des Völkerverbundes vorausgegangen sei, die den eben so klammerlichen wie beschämenden Erfolg in der Frage der österreichisch-deutschen Polition ausgetragenen und unser Kampf um Oesterreich wieder einmal zurückgeschlagen.

Die „Germania“ hebt hervor, für hundert Millionen Silberlinge habe Oesterreich seine Freiheit als Nation und die Möglichkeit des deutschen Anschlusses auf zehn weitere Jahre verkauft.

und Deutschland schwäche dazu. Die deutsche Zukunftsfrage hätte nach Lausanne gehört, denn sie sei von Frankreich beantwortet worden, um an dem schwachen Oesterreich eine politische Expansionspolitik zu verüben, die auch Deutschland mit ganzer Schwere treffen. Hier sei der Punkt gewesen, wo Deutschland unmissverständlich hätte stehen müssen, wenn anders nicht der Verzicht auf seinen neuen Tributplan die Reparationslast außer durch einen neuen Tributplan durch ein Desinteressement im Sidosten abgelöst habe.

Wien über die Genfer Anleihepolitik

Wien, 16. Juli. In der Besprechung des Lausanner Anleiheprojektes weisen die Wiener Blätter in zum Teil recht scharfer Weise auf die drückende politische und finanzielle Lage hin, die mit der Anleihe verknüpft sind. Dabei steht die Erörterung der Ausdehnung des wirtschaftlichen und finanziellen Anschlußverbot bis 1932, wie überhaupt die Anschlußfrage im Vordergrund.

Die „Reichspost“, das Organ des österreichischen Zentrums, beantragt von vornherein allen kritischen Stimmen mit dem Hinweis darauf, daß das Hindernis für den Anschluß schon in den Verträgen von Versailles und St. Germain liegt. In der gegenwärtigen schweren Not Oesterreichs hätten Bundeskanzler Dollfuß und seine Mitarbeiter in Lausanne das Bestmögliche erreicht.

Demgegenüber schreiben die großdeutschen „Wiener Neuesten Nachrichten“, Dr. Dollfuß habe den Vertrauensvorschuß, welchen man ihm gewährte, in einem noch nicht dagewesenen Ausmaß mißbraucht. Dies drohe Oesterreich in eine nationale Katastrophe

zu führen. Es werde die Aufgabe des Parlaments und der Parteien sein, das Land davor zu bewahren.

In der „Arbeiterzeitung“ heißt es: Nur um den Kredit zu bekommen, unterwerfen wir uns für viele Jahre der drückenden Kontrolle ausländischer Regierungen und geben für zwei Jahrzehnte jede Möglichkeit nicht nur des politischen, sondern auch des wirtschaftlichen Anschlusses an Deutschland auf.

Wir verschauern für Lumpen paar Millionen, die uns gerade für einige Monate das Fortwirtschalten ermöglichen, unsere Freiheit.

Die nationalsozialistische „Deutsch-Oesterreichische Tageszeitung“ bezeichnet das Anleiheprotokoll als einen Verkauf Oesterreichs an Frankreich.

Die „Neue Freie Presse“ meint, die Freude an der Anleihe sei keineswegs ungetrübt. Es bleibe ein Gewissenskonflikt ersten Ranges, der dem österreichischen Parlament aufgebürdet werde. Das Kabinett Dollfuß stehe an einem bedeutenden und gefährlichen Wendepunkt.

Das „Neue Wiener Tagblatt“ bezeichnet das Anleiheprotokoll von Lausanne als einen Vertrag voller harter Bedingungen, die noch über die Maßnahmen der ersten Sanierungsperiode hinausgingen. Es ist

bedauerlich und beschämend.

Schreibt das Blatt weiter, daß unser Land zum zweiten Male seine Freiheit verliert: Aber ohne unser Verschulden trifft uns dieses Schicksal nicht.

Rückgang der englischen Kohlenausfuhr

London, 16. Juli. „Times“ weist darauf hin, daß die britische Kohlenausfuhr in den ersten sechs Monaten dieses Jahres nur 18 800 000 Tonnen betrage, 1 600 000 Tonnen weniger als in der gleichen Zeit des Vorjahres und 8 700 000 Tonnen weniger, als in der gleichen Zeit des Jahres 1930.

Politik des Stumpfsinns

Die Wahlbewegung geht in diesen Tagen aus dem vorbereitenden in den eigentlichen und entscheidenden Kampfabschnitt über. Bisher konnte der oberflächliche Beobachter vielleicht den Eindruck gewinnen, daß die durch die Reichstagsauflösung in die Verteidigung gedrängte linke Trägerin des Angriffs sei. Sie hat bisher jedenfalls größere Verbände vorausgeschickt als die nationale Opposition, die mit Absicht die volle Stoßkraft ihres Eroberungsheeres erst in den letzten zehn Tagen entsendet. Neben anderem hat das den Vorteil, daß man inzwischen den Agitationsplan des Gegeners kennengelernt hat und ihm mit überlegenen Mitteln begegnen kann. Das gilt nicht nur für die nationalen Parteien, sondern für jede nationale Wählergruppe, dem in dieser Zeit die Pflicht obliegt, durch unerwünschte Kleinarbeit im Kreise der Bekannten und wo immer sich sonst Gelegenheit ergibt, am Erfolg des 31. Juli mitzuarbeiten.

Die Entscheidung hat diesmal den Vorteil seltener Klarheit. Zwei Angriffsströme des alten Systems marschieren gegen das nationale Deutschland auf: die marxistische, in tatsächlicher Einheitsfront, die in den Straßenkämpfen am besten zum Ausdruck kommt, und die des Zentrums, von Brüning geführt. Das Zusammenstoßen der beiden Flügel der Weimarer Koalition ist so gut wie möglich abzuwenden. Neuerlich weiß keiner von dem, im Inneren aber fühlen sie sich durch gemeinsame Schuld in der Verantwortung verpflichtet zur Bundesgenossenschaft für die Erhaltung der Zukunft. Eigentlich ist es ein hoffnungsloser Kampf, den sie führen. Denn im nächsten Falle könnte es ihnen gelingen, durch eine nicht völlig klare Wahlentscheidung die nationale Opposition noch einmal an der Machtergreifung zu verhindern und damit eben die Regierung Papen tragend zu befestigen, über die sie im Wahlkampf alle Schalen ihres Vornes ausgießen. Denn an die Möglichkeit eines Sieges der Brüningfront glaubt die Linke nicht einmal in ihren kühnsten Träumen. Wir haben schon einmal eine ähnliche Paare gehabt, vor den letzten Reichstagswahlen im September 1930. Damals hat die Sozialdemokratie ihren Kampf gegen den „Dunckerdtator“ Brüning geführt, um dann zwei Jahre lang mit ihm den Weg des Dünkers über Lohn- und Gehaltsabbau zu gehen. Und es könnte sein, daß in 14 Tagen denselben wackeren Streiter gegen Papen, Schleicher und Weiser die „Nazibarone“ wieder als das bekannte „kleinere Uebel“ erscheinen gegenüber Hitler und Duenberg selbst.

Was tut man in solcher Verlegenheit? Was tut das Land, wenn es sich im finsternen Walde verirrt? Es schreibt, nun, man kann den roten Räumern für Freiheit und Demokratie zusehen, daß sie noch nie so laut und so jämmerlich geschrien haben wie in dieser Zwischenzeit zwischen Papen und Duenberg-Hitler. Am jämmerlichsten sind aber die Parolen, die sie für die große Auseinandersetzung aus der marxistischen Kaffkammer hervorgeholt haben. Sie prangen in der ganzen Trostlosigkeit ihres Stumpfsinns an den Plakatsäulen. Da war immer von den „schönen Wälfen“ die Rede, mit denen der Marxismus den deutschen Faschismus erdrücken werde. Wölfer hat man nur von den Messern, Vitolen und Sprengkörpern etwas gemerkt, mit denen nationalbewusste junge Deutsche von der roten Unterwelt auf den Straßen hingemordet werden, nichts aber von dem Ideenflug, der die nationale Bewegung aktiv überwinden soll. Wenn nicht etwa die zwei hohen Schlagworte dafür gelten sollen, mit denen der ganze Wahlkampf der Sozialdemokratie bekräftigt wird.

Das erste heißt: „Freiheit gegen Freiherrn!“ als immer wiederkehrender Refrain aller Plakate, Flugblätter und Reden. Ein typisches Produkt des Klassenkampfgedankens. Auf diesen alten Vadenhäuten des Marxismus soll nun das Volk hereinfallen. Es soll glauben, daß die Träger ablicher Namen, die sich in der gegenwärtigen Reichsregierung zusammengefunden haben, von Natur aus unförmig und dem werktätigen Volke feindlich gesinnt seien. Es soll nicht glauben, daß es auch eine wahre Volksgemeinschaft geben kann, in der sich Fürsten und Arbeiter die Hand reichen, in der Gemeinnut über Eigennut und über Klasseninteressen geht. Man braucht die Marxisten, die einen mit dieser dummen Freiherrn-Parole kommen, nur zu fragen, warum sie denn den Generalfeldmarschall von Hindenburg zum Reichspräsidenten gewählt haben, wenn ihnen die Adelspartei als ein Beweis reaktionärer Gesinnung schlechthin gilt. Jedes politische Land weiß, daß er und nicht Hitler oder Duenberg die „Barone“ in die Regierung berufen hat. In allem Ueberflusse hat soeben die Zentrumspartei wieder die Taktlosigkeit befallen, ihn daran zu erinnern, daß er mit den Stimmen der Linken zum zweitenmal Präsident geworden ist. Ebenso dumm wie das Wort von den „Nazibaronen“, aber nicht dümmer wäre es deshalb, wenn man von „Sozialbaronen“ spräche. Wenn die Linksparteien ehrlich sein wollten, dann müßten sie zugeben, daß sie sich eben getraut haben, als sie in Hindenburg der